

NeuDeutsche Gesundheitskasse Unterstützungskasse

NDGK - Coswiger Straße 7 - 06886 Wittenberg

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postanschrift:
Coswiger Straße 7
06886 Luth. Wittenberg

Tel.: 03491 - 50 60 820
Fax: 03491 - 50 60 829

Im Netz: NDGK.de
E-Mail: info@ndgk.de

Lutherstadt Wittenberg, 09.12.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal sandten Sie uns ein Schreiben mit einer

Untersagungsverfügung
Abwicklungsanordnung
Weisung zur Abwicklung
Auskunfts- und Vorlageersuchen
Androhung der Feststellung eines Zwangsgeldes.

Wie immer behaupten Sie einfach wiederholt Sachverhalte, die nicht so sind. Aber das kennen wir ja schon zur Genüge. Vielleicht wollen Sie uns ja auch einfach nur mit den hohen Gebühren ihrer selbst erfundenen "Verwaltungsakte" und den drohenden Zwangsgeldern in die Knie zwingen. Wir gedenken den Unfug, den Ihre Dienststelle leistet, jedoch nicht auch noch zu finanzieren.

Zum Glück ist es so, wie Sie ja auch selbst betonen, daß nicht Sie die Entscheidung zu treffen haben, ob die NDGK eine "anderweitige Absicherung im Krankheitsfalle" ist und auch nicht, ob diese einen Rechtsanspruch gewährt oder die Formulierungen als solcher zu werten ist. Sie behaupten dies ja immer, auch wenn es unzutreffend ist. Natürlich verstehen wir Ihre Sichtweise, da Sie ja auch ein Schreiben erhielten, durch welches dies annehmbar ist.

Nun hat jedoch ein Sozialgericht erstmalig darüber entschieden. Das Sozialgericht Köln vertrat in seinem Urteil die Auffassung, daß die NDGK keine "anderweitige Absicherung im Krankheitsfalle" ist, da sie nach Auffassung des Gerichtes KEINEN Rechtsanspruch auf Leistungen gewährt.

Somit sind all Ihre Vorwürfe gegen die NDGK und die DGK haltlos und unzutreffend. Gern können Sie all Ihre sog. "Bescheide" nach § 48 oder § 49 VwVfG zurücknehmen.

Alle Mitglieder werden darüber in einem Brief informiert. Sie erhalten zudem ein sofortiges Sonderkündigungsrecht. Wir informieren die Mitglieder auch über die Möglichkeit, ohne nachzahlen zu müssen, eine KV der Bundesrepublik wählen zu können. Wir rechnen mit einigen Kündigungen und werden dann wohl auch weniger für andere Menschen und neue Systemstrukturen tun können. Zudem werden wir das Urteil und auch den Brief an alle Mitglieder veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Schulz